



3. April 2022

Änderung des Energiegesetzes (EnG)

Bericht über das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines.....	3
1.1. Gegenstand des Vernehmlassungsverfahrens.....	3
1.2. Vernehmlassungsteilnehmende.....	3
1.3. Allgemeine Bemerkungen der Vernehmlassungsteilnehmenden	4
1.3.1 Generelle Haltung zur Vernehmlassungsvorlage	4
1.3.2 Generelle Haltung zu einzelnen Elementen der Vernehmlassungsvorlage	11
2. Stellungnahmen zu den einzelnen Bestimmungen	13
2.1. Konzept für erneuerbare Energien (Art. 9a).....	13
Absatz 1	13
Absatz 2	13
Absatz 3	14
2.4. Richtplanfestsetzungen gemäss dem Konzept für erneuerbare Energien (Art. 10a)	14
Absatz 1	14
Absatz 2	14
Absatz 3	14
Absatz 4	15
2.5. Konzentriertes kantonales Plangenehmigungsverfahren (Art. 14a)	15
Allgemeines	15
Absatz 1	15
Absatz 2	16
Absatz 3	16
Absatz 4	17
Absatz 5	17
2.6. Übergangsbestimmungen (Art. 75a).....	17
Allgemeines	17
Absatz 1	18
Absatz 2	18
Absatz 3	18
2.7. Bundesgesetz vom 14. Dezember 1996 über die direkte Bundessteuer und Steuerharmonisierungsgesetz vom 14. Dezember 1990	18
Artikel 32 Absatz 2 erster Satz DBG, Artikel 9 Absatz 3 erster Satz StHG	18
2.8. Raumplanungsgesetz vom 22. Juni 1979.....	19
Artikel 18a Absatz 1 erster Satz	19
2.9. Wasserrechtsgesetz vom 22. Dezember 1916	20
Artikel 60 Absatz 1	20
2.10. Pflicht zur Nutzung von Solarenergie auf geeigneten Neubauten	20
3. Weitere Vorschläge und Bemerkungen.....	20
Anhang: Abkürzungen.....	21

1. Allgemeines

1.1. Gegenstand des Vernehmlassungsverfahrens

Mit dem Beschleunigungserlass will der Bundesrat den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion in der Schweiz vorantreiben. Dazu sollen unter anderem die Planungs- und Baubewilligungsverfahren für die grössten Wasserkraft- und Windkraftanlagen beschleunigt werden. Zudem soll der Ausbau von Solaranlagen durch steuerliche Anreize und den Ausbau des Meldeverfahrens vorangetrieben werden. Der Entwurf des Beschleunigungserlasses war vom 2. Februar bis zum 23. Mai 2022 Gegenstand einer Vernehmlassung. Dabei hat der Bundesrat den Vernehmlassungsteilnehmenden auch die Frage gestellt, ob eine Pflicht zur Nutzung von Solarenergie auf geeigneten Neubauten in Kombination mit der vorgeschlagenen Steuererleichterung begrüsst würde.

1.2. Vernehmlassungsteilnehmende

Die Vernehmlassungsunterlagen wurden sämtlichen Kantonen, den in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien (12), den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete (3), den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft (8) sowie weiteren interessierten Kreisen und Organisationen (90) zur Stellungnahme unterbreitet.

Zur Vernehmlassungsvorlage haben 26 Kantone, 6 politische Parteien, 3 Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete, 6 Dachverbände der Wirtschaft, 120 weitere interessierte Kreise und Organisationen (davon 80 nicht angeschriebene) sowie 111 Einzelpersonen Stellung genommen.

Einige Kantone schliessen sich der **gemeinsamen Stellungnahme von EnDK und BPUK** vom 2. Mai 2022 vollumfänglich (AI, AG, GR, NE, NW, OW, SG, SH, SO, VS, ZG) oder weitgehend (ZH) an. Der Kanton Luzern schliesst sich der Meinung der BPUK und der EnDK an, dass die Vernehmlassungsvorlage überarbeitet werden muss und verweist auf deren Ausführungen zum «Bundeskonzept +» und die Prüfanträge.

GL, GR, NW, UR und VS sowie der ACCVS schliessen sich der **Stellungnahme der RKGK** an. Der ACCVS unterstützt auch die Stellungnahme der IBK. Letztere unterstützt die Stellungnahme der RKGK. BKW verweist auf die Stellungnahmen von SWV und VSE. Regiogrid verweist auf die Stellungnahme des VSE, die vollumfänglich unterstützt wird. Groupe E verweist auf die Stellungnahme des VSE, insbesondere auf die konkreten Änderungsvorschläge zu den Artikeln, sofern diese nicht im Widerspruch zur eingereichten Stellungnahme stehen. Die EKW stützt ihre Stellungnahme auf die Stellungnahme des SWV. Die CKW schliesst sich in allen Punkten der Stellungnahme der Axpo Holding an und verweist auf diese.

economiesuisse verweist bezüglich der konkreten Anträge zu den Gesetzesartikeln auf die Stellungnahmen ihrer Mitglieder Alpiq und BKW. Der VFAS verweist bezüglich der konkreten Anträge zu den Gesetzesartikeln auf die Stellungnahmen von Alpiq, Axpo und BKW. Der sbv unterstützt die Stellungnahme von Ökostrom Schweiz vollumfänglich.

Der SAV **verzichtet** auf eine Stellungnahme, da die Vorlage von economiesuisse bearbeitet werde. Die ROREP verzichtet aus Kapazitätsgründen auf eine Stellungnahme. UR verzichtet auf eine ausführliche Stellungnahme.

Aufgrund seiner Ausrichtung **beschränkt** sich der SSES auf Anpassungen, die sich auf **Solaranlagen** beziehen. Swiss Small Hydro konzentriert sich in der Stellungnahme auf die Auswirkungen der Vernehmlassungsvorlage hinsichtlich der **Kleinwasserkraft**. In Entsprechung zur thematischen Ausrichtung von Alliance konzentriert sich die Stellungnahme dieser Organisation auf Aspekte, welche die Baukultur betreffen.

Die CGI hat **keine Bemerkungen** zu den vorgeschlagenen Änderungen des Energiegesetzes in Bezug auf die Planung. Der VSA verzichtet auf eine Stellungnahme zu den vorgeschlagenen Änderungen des Energiegesetzes, da die Meinung der Experten zur Frage, wie die Beschleunigung der Planungs- und Bewilligungsverfahren für die bedeutendsten Anlagen der Wasserkraft und der Windenergie am besten erreicht werden kann, stark divergieren. EXPERTSuisse beschränkt die Stellungnahme auf die vorgeschlagenen Änderungen in den **Steuergesetzen**.

1.3. Allgemeine Bemerkungen der Vernehmlassungsteilnehmenden

1.3.1 Generelle Haltung zur Vernehmlassungsvorlage

Grünliberale, sbv, SGB, Biomasse Suisse, eco suisse, ECom, FER, FSU, Geothermie Schweiz, Ökostrom, RWU, Primeo Energie, Schweizerischer Forstverein, SES, Swisscleantech, STV, Swisspower, usic und VASOS **begrüssen** die Vorlage. Eine aktivere Rolle des Bundes bei der Planung von Stromproduktionsanlagen sei dringend notwendig (Grünliberale; Travail Suisse). Dass die Kantone und Gemeinden dafür gewisse Kompetenzen abgeben müssen, sei vertretbar (Swisscleantech). Beschleunigte Verfahren würden die Verfahrenskosten senken (FER). Um die Ziele der Energiestrategie 2050, den Ausbau der Versorgungssicherheit sowie die Bestrebungen des Bundesrats zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung zu erreichen, erachtet der SVV die vorgeschlagenen Massnahmen als zwingend.

BE, BS und SZ, sbv, CCIG, Regiogrid und STV **unterstützen** die Vorlage **grundsätzlich**. CCIG und GastroSuisse begrünnen grundsätzlich die Beschleunigung der Planungs- und Bewilligungsverfahren sowie die steuerlichen Anreize. sgv und CVCI unterstützen den Entwurf bei Berücksichtigung der vorgebrachten **Vorbehalte und Anregungen**. Die Akademien unterstützen die im Entwurf vorgesehenen gesetzlichen Anpassungen, insbesondere den Ersatz des Baubewilligungsverfahrens durch ein Meldeverfahren für genügend angepasste **Solaranlagen** an Fassaden, sofern diese keine geschützten Gebäude oder Gebäude in besonders geschützten Gebieten betreffen.

GE **begrüss**t den Willen des Bundes, einen **föderalen Rahmen** für die Herausforderungen der Energieversorgung und -sicherheit der Schweiz zu schaffen. Travail Suisse erachtet es als legitim, im Rahmen der Planung der wichtigsten Energieproduktionsanlagen eine **gesamtschweizerische Perspektive** entwickeln zu wollen, auch wenn die Kompetenzen des Bundes ansonsten beschränkt sind. Eawag beurteilt die gesamtschweizerische Sicht positiv.

Das Bundesgericht erachtet den Entwurf **grundsätzlich** als **geeignet**, effektivere Verfahrensabläufe zu schaffen und Verzögerungen zu vermeiden. Die Verfahrensbeschleunigung hänge aber wesentlich von der Verfahrensführung durch die Kantone ab.

Einige Vernehmlassungsteilnehmende begrünnen die Anstrengungen des Bundesrats für einen **raschen Ausbau der erneuerbaren Energien** (LU, SO, VD, ZG; SPS; SSV; Travail Suisse; ECom, FER, HEV Schweiz, Pro Natura, Pusch, SBV, Schweizerischer Forstverein, SHS, SVS, Swiss Small Hydro, VCS, WWF; Alpiq, AGUS, Alliance, Appenzell-Innerrhoder und St. Galler, Basler, Baselbieter, Berner, Innerschweizer und Schaffhauser Heimatschutz, ARS, AS, Axpo, CKW, DAH, Eawag, EKW, ewz, HotellerieSuisse, Stadt Zürich, STAN, Swissgrid, VFAS), insbesondere betreffend den **raschen Ausbau bestimmter Energien (Solarenergie: BE, BL, BS, VD; GPS, SPS; Pro Natura, Pusch, SHS, SVS, Swissolar, VCS, WWF; AGUS, Akademien, Alliance, Alpiq, Appenzell-Innerrhoder und St. Galler, Basler, Baselbieter, Berner, Innerschweizer und Schaffhauser Heimatschutz, Aqua Viva, ARS, AS, DAH, Greenpeace, IBK, SES, STAN, suissetec, Verein Lebensqualität Wellenberg; Einzelpersonen A. und S. Dell'Oca, Rüesch, Weidmann; bezüglich Solarenergie und Wasserkraft: BKW, SWV; bezüglich Windenergie: Skyguide)**, unter Berücksichtigung des Schutzes der Biodiversität und der Landschaft (GPS, SPS; Travail Suisse; Pro Natura, Pusch, SVS, VCS, WWF; Greenpeace, SAC, SES). Für FMV ist es wichtig, dass der Bund seine Strategie im Bereich der Photovoltaik rasch festlegt. Gemäss economieSuisse, SBV, Alpiq, BKW, EKW, HotellerieSuisse, SWV und VFAS besteht in

der Schweiz ein **erhebliches Ausbaupotenzial**. BE und SG, GPS, FSU und suissetec teilen die Ansicht, dass die Planungs- und Bewilligungsverfahren für die **bedeutendsten Wasserkraft- und Windenergieanlagen** beschleunigt und gestrafft werden müssen. Weitere Vernehmlassungsteilnehmenden unterstützen das Anliegen, die Verfahren der **15 Projekte des „Runden Tisches Wasserkraft“** aufgrund ihrer Bedeutung zu beschleunigen (SPS; Pro Natura, Pusch, SVS, VCS, WWF; Greenpeace). Einige Verbände begrüssen es sehr bzw. fordern weiterhin, dass **keine Abstriche am materiellen Natur- und Umweltschutzrecht** gemacht werden (SPS; EKD, ENHK, Pro Natura; Aqua Viva, SAC, svu, VASOS). Wichtig ist, dass mit der Vorlage keine Abstriche am Verbandsbeschwerderecht gemacht werden (SPS; SAC).

Zahlreiche Vernehmlassungsteilnehmende teilen das **Ziel bzw. begrünnen die Stossrichtung der Vorlage**, den Zubau von Anlagen zur Stromproduktion aus erneuerbaren Energien in der Schweiz zu beschleunigen bzw. die Planungs- und Bewilligungsverfahren zu optimieren (AI, AG, AR, BS, BL, FR, GE, GL, GR, JU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TG, TI, UR, VS, ZG, ZH; Die Mitte, FDP, Grünliberale, SPS, SVP; SGV, SSV; economiesuisse, sbv, SGB, sgv, Travail Suisse; aeesuisse, Biomasse Suisse, BPUK, Casafair Schweiz, CP, EKD, ECom, EnDK, ENHK, FER, FSU, Geothermie Schweiz, Ökostrom, RKOÖ, RZU, SSES, Suisse Eole, Swissscleantech, USPI Suisse, SVS, VFS, VSE, WWF; ACCVS, AGUS, Alliance, AquaViva, ARS, AS, ASEC, Axpo, bauenschweiz, BKW, CKW, CVCI, DAH, EKW, ewz, FMV, Greenpeace, Groupe E, HotellerieSuisse, IBK, IG Solalpine, Ligue vaudoise, Primeo Energie, Pro Landschaft Schwyz, Regiogrid, RKGK, SAC, svu, Swissgrid, Swisspower, SWV, VASOS, VFAS, VSA, UFS; Einzelperson Weidmann). Aqua Viva und der VSA begrünnen, dass die **Solarenergie** zu einem tragenden Pfeiler der schweizerischen Energieversorgung werden soll. USPI Suisse begrüsst die **Einführung von administrativen Vereinfachungen** und die Fristen, die für die zuständigen kommunalen und kantonalen Instanzen gelten würden.

Die Mitte **unterstützt** das vorgeschlagene Beschleunigungsverfahren **unter der Bedingung**, dass die Kompetenzen der Kantone und Gemeinden nicht beschnitten werden.

JU stellt generell fest, dass die Anforderungen des Bundes an die Kantone **im Bereich der Raumplanung immer zahlreicher und häufiger** werden. Diese Situation sei vor dem Hintergrund des Föderalismus erstaunlich und herausfordernd. Vom verfassungsmässigen Auftrag an den Bund im Bereich der Raumplanung scheine man weit entfernt zu sein.

Nach Ansicht der SVP genügt die vorliegende punktuelle Anpassung des Energiegesetzes in keiner Weise, um die **Versorgungssicherheit als oberstes Ziel der Energiepolitik** wirksam zu unterstützen. Der Entwurf sei von Denk- und Technologieverboten geprägt. Der Bund müsse dafür sorgen, dass **geeignete Rahmenbedingungen** geschaffen werden, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten (so auch Groupe E).

Der vorgelegte Gesetzesentwurf führt nach Ansicht mehrerer Vernehmlassungsteilnehmender **nicht oder nur sehr beschränkt** zum gewünschten Ziel der Verfahrensbeschleunigung (AI, AG, FR, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TI, VS, ZG, ZH; Die Mitte, FDP; SGV; BPUK, EnDK; ACCVS, CKW, Groupe E, IBK, Swissgrid, UFS; Einzelperson Weidmann). Der im Entwurf vorgeschlagene Weg über ein «Konzept für erneuerbare Energien» und ein konzentriertes Plangenehmigungsverfahren wird von BL **kritisch** beurteilt.

Einige Vernehmlassungsteilnehmende empfehlen, auf **neue raumplanerische Instrumente zu verzichten** (AI, AG, AR, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, VD, VS, ZG, ZH; BPUK, EnDK) und die **bestehenden Instrumente punktuell zu optimieren** (AI, AG, AR, BL, GR, NE, NW, OW, SG, SH, SO, VD, VS, ZG, ZH; FDP; BPUK, EnDK).

economiesuisse, aeesuisse, der VSE, Axpo, die BKW, die CKW, EKZ, ewz, FMV, Freie Landschaft Freiburg, Groupe E, Regiogrid, Swiss Small Hydro, der SWV, UDC-Valais Romand und der Verein «Non au parc éolien les collines de la Sonnaz» bezweifeln, dass die **vorgeschlagenen Massnah-**

men ausreichen. Die vorgeschlagenen Massnahmen müssten präzisiert werden (Groupe E). Vernachlässigt werde die Förderung von **Energieeffizienz und Sparmassnahmen** (VASOS; Einzelpersonen Bachs, H. Frésard, L. Früh, N. Frésard, Rohrer, Schneider, Weidmann, W. Früh).

Der Kanton Waadt weist darauf hin, dass das Ziel der Vernehmlassungsvorlage nur dann erreicht werden kann, wenn sie mit **anderen energie-, klima- und umweltpolitischen Ansätzen** kohärent ist.

Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende vermissen eine **umfassende Analyse**, welche Verfahrensschritte am meisten Zeit beanspruchen und warum dies so ist (AI, AG, AR, GL, GR, NE, NW, OW, SG, SH, SO, VS, ZG, ZH; BPUK, EnDK; ACCVS, Freie Landschaft Thurgau, Groupe E, IBK, RKGK, RKOÖ; Einzelperson Witschi). Für andere Vernehmlassungsteilnehmende fehlt eine Ursachenanalyse bezüglich des materiellen Umweltrechts, der Qualität der eingereichten Gesuchunterlagen, der Marktsituation, der Subventionen im Ausland, der Bearbeitungsfristen in der Bundesverwaltung und in den Eidgenössischen Kommissionen sowie der Bearbeitungsfristen durch die Gerichte (GL, GR, NW, UR, VS; ACCVS, IBK, RKGK). Die SVP ist der Ansicht, dass es der Vernehmlassungsvorlage an einer gesamtheitlichen Betrachtungsweise fehle und die vielfältigen Problemstellungen weitgehend unberücksichtigt blieben. Die verwendeten Prognosen müssten durch eine erhöhte Nachfrage infolge der Elektrifizierung in Frage gestellt werden. Die Einspareffekte würden durch die Bevölkerungszunahme infolge der ungebremsten Zuwanderung fast vollständig aufgezehrt. Freie Landschaft Freiburg und der Verein «Non au parc éolien les collines de la Sonnaz» weisen darauf hin, dass eine technische Berechnung der Gesamtzahl und Grösse aller Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien fehle. Die Eawag weist darauf hin, dass allfällige Stromengpässe in strengen Wintern in der Schweiz auch aus wirtschaftlichen Gründen viel einfacher im europäischen Stromverbund gelöst werden könnten als mit einem höheren Eigenversorgungsgrad. Verschiedene weitere Hemmnisse würden den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion ebenfalls bremsen: Fehlende Wirtschaftlichkeit der Investitionen im Inland (AI, AG, AR, GR, NE, NW, OW, SH, SO, SG, VS, ZG, ZH; Die Mitte; SGV; SGB; BPUK, EnDK; ACCVS, IBK); die Marktsituation (ACCVS, IBK); die Projektfinanzierung (GR); fehlende oder qualitativ ungenügende Gesuchunterlagen (ACCVS, IBK); das energiepolitische Umfeld (GR); die strenge Gesetzgebung (Groupe E); Konflikte mit dem materiellen Recht (Regiogrid); das Raumplanungsrecht (SAB); Konflikte mit dem materiellen Umweltrecht (AI, AG, AR, GL, GR, NE, NW, OW, SG, SH, SO, UR, VS, ZG, ZH; Die Mitte; SAB, SGV; BPUK, EnDK; ACCVS, IBK, RKGK); die Normdichte des gesamten materiellen Umweltrechts (RKOÖ; ACCVS, IBK); Vollzugshilfen, Richtlinien und Empfehlungen, die das materielle Recht laufend erweitern und verschärfen, was aus demokratiepolitischer Sicht sehr fragwürdig sei (ACCVS, IBK); dass die Projektierenden von Kraftwerken bei der Erarbeitung der Grundlagen immer wieder mit neuen Anforderungen konfrontiert würden (ACCVS, IBK); die mit Artikel 12 EnG verschärfte Schutzanforderungen (Swiss Small Hydro); die Interessenabwägung (bauenschweiz, EKW, FSU, SWV), insbesondere die Gewichtung der Interessen des Natur- und Heimatschutzes gegenüber den Nutzungsinteressen (bauenschweiz, CKW, STV, VFAS); fehlende Ressourcen für die materielle Koordination (FSU); das Verbandsbeschwerderecht (GR; SAB, SGV; Swiss Small Hydro; EKW); grosse Verzögerungen und Unsicherheiten durch Bundesämter (ACCVS, IBK); lange Bearbeitungszeiten der Gerichte bei Einsprachen (ACCVS, IBK); der Einbezug der ENHK (ACCVS, IBK); Verfahrenskoordination zwischen den verschiedenen Fachstellen (RKOÖ); Vollzug weiterhin bestehender «bürokratischer» Schritte (UFS); steuerliche Hürden und Meldeverfahren für Solaranlagen auf Gebäuden (SWISSAIR). Nach Ansicht von Swis cleantech gelingt es nicht, die Schritte des Bewilligungsverfahrens schnell genug zu durchlaufen. Die Umweltverbände weisen auf das Grundproblem der Verfahren hin, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung bezüglich der Standorte erst in einem späten Verfahrensschritt mit dem nötigen Detaillierungsgrad erfolge. Die Investoren könnten deshalb erst spät abschätzen, ob und welche Ersatz- oder Ausgleichsmassnahmen zu treffen seien oder ob ihr Projekt grundsätzlich anderen Interessen widerspreche (GPS, SPS; Pro Natura, Pusch, SVS, VCS, WWF; Aqua Viva, Greenpeace, SAC, SES, svu). Für Freie Landschaft Freiburg und den Verein «Non au parc éolien les collines de la Sonnaz» sind lange Verfahren oft ein Zeichen für schlechte Projekte.

Nach Ansicht einiger Vernehmlassungsteilnehmender greift die Vorlage stark in die bestehende **Kompetenzordnung** und **Aufgabenteilung** zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden ein (AI, AG, AR, FR, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TI, VS, ZG, ZH; SAB; BPUK, CP, EnDK; FMV). Das Ziel der Verfahrensbeschleunigung, das auf andere Weise erreicht werden kann und muss, rechtfertigt einen solchen Eingriff nicht (Ligue vaudoise, Pro Landschaft Schwyz).

Die **Rechtsunsicherheit** könnte mit der Vernehmlassungsvorlage noch zunehmen und die Verfahren für die meisten Anlagen sogar noch länger und schwieriger werden als heute (BE, GR, LU, NW, UR, VD, VS, ZH; Die Mitte, FDP; SGV; BPUK, EnDK; ACCVS, Aexpo, bauenschweiz, CKW). Der ACCVS befürchtet, dass Grossprojekte wegen fehlender Investitionssicherheit nicht weiterverfolgt werden.

Die Vernehmlassungsvorlage trage den **unterschiedlichen Ausgangslagen in den Kantonen** zu wenig Rechnung und verweise nicht auf bereits bestehende gute Beispiele (AI, AG, GR, NE, NW, OW, SG, SH, SO, VS, ZG, ZH; SGV; BPUK, EnDK). Folgende Vernehmlassungsteilnehmende weisen darauf hin, dass auf kantonaler Ebene **bereits konzentrierte Verfahren** bestehen: AI, AG, AR, FR, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TI, VD, VS, ZG, ZH; SGV; BPUK, EnDK, FSU, HEV Schweiz, Suisse Eole; ACCVS, Aexpo, CKW, ewz, FMV. Für den FMV ist das konzentrierte Plangenehmigungsverfahren bei Grossprojekten aufgrund des hohen Risikos für die Bauherrschaft kaum sinnvoll. ewz weist darauf hin, dass konzentrierte Verfahren nicht in allen Fällen vorteilhaft sind. Der SGV sieht die Lösung darin, dass einige Kantone bereits heute parallele Verfahren kennen, was die Gemeindeautonomie grundsätzlich nicht beeinträchtigt. Im Kanton Uri besteht ein Schutz- und Nutzungskonzept Erneuerbare Energien mit einer breit abgestützten und stufengerechten Interessenabwägung. Die Ligue vaudoise weist darauf hin, dass nur die Behörden auf lokaler Ebene in der Lage sind, alle zu berücksichtigenden Faktoren zu analysieren und gegeneinander abzuwägen. ⁴U ist der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Verfahren für Windenergieprojekte nur bedingt geeignet sind, da zum Zeitpunkt der Richtplanung noch nicht bekannt sei, wie hoch die zukünftige Jahresproduktion in einem bestimmten Gebiet sein wird. Für das konzentrierte Plangenehmigungsverfahren müsste der ohnehin schon hohe Detaillierungsgrad voraussichtlich noch weiter erhöht werden, was das Verfahren im Vorfeld verlängern dürfte. Es brauche eine stärkere Harmonisierung der Verfahren unter den Kantonen (usic).

Die Vorlage verhindere keine **Beschwerden** (CP, USPI Suisse), zumal bei Windenergieprojekten die betroffenen Gemeinden, Personen und Organisationen frustriert seien, weil sie sich nicht vorgängig zum Projekt äussern konnten (CP). Für BL und LU ist fraglich, ob das vorgeschlagene Mitwirkungsrecht im Rahmen der Erarbeitung des Konzepts für erneuerbare Energien ausreicht. Die Rechte der Gemeinden, Kantone und Bürger müssten gewahrt bleiben (AdCV, Einzelperson Rossinelli). Die Einschränkung des Instanzenzugs bei Einsprachen sei entschieden abzulehnen (HEV Schweiz). Die Akademien sehen die Gefahr, dass für kleinere Organisationen eine Einsprache finanziell nicht mehr tragbar sei und damit die Einspracherechte von Seiten des Landschafts- und Naturschutzes eingeschränkt würden.

Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende sind **ausdrücklich** der Ansicht, dass der Entwurf **überarbeitet** werden muss (AI, AG, AR, BE, BS, FR, GE, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, VS, ZG, ZH; FDP, SVP; SGV; BPUK, EnDK, Suisse Eole, Swiss Small Hydro, VSE, WWF; BKW, Groupe E, svu). Die Gesetzgebungs- und Umsetzungsprozesse müssten danach **zügig** an die Hand genommen werden, um neue Rechts- und Investitionsunsicherheiten zu vermeiden (economiesuisse; Suisse Eole, VSE; BKW, Groupe E, Regiogrid, VFAS).

Einige Vernehmlassungsteilnehmende **lehnen die Vernehmlassungsvorlage ab** oder beantragen, darauf zu verzichten (AI, AR; SAB; CP, Freie Landschaft Schweiz, HEV Schweiz, SVS, USPI Suisse; ACCVS, AdCV, ANL Beratungen Bözberg West, ASS Retrofit GmbH, bauenschweiz, Freie Landschaft Thurgau, Freie Landschaft Zürich, Gemeinde Tuggen, Helvetia Nostra, Paysage Libre BE-JUNE, Pro Landschaft Schwyz, SVP Meerenschwand-Benzenschwil, UDC-Valais Romand, die Vereinigung IG «Schützt unseren Stierenberg», Lebensqualität Wellenberg, Pro Salen-Reutenen, Sauvez

l'Echelette, Sauvez les Forêts du Gibloux, Sauvez-les-préalpes; Einzelpersonen A. Bhend, Ammann, A. Murer, Arlt/Brunns, A. und F. Maier, H. und M. Eisele, A. und S. Dell'Oca, A. und U. Grünig, A. und Y. Germann, Bachofner/Kneifel, Bächtiger, Bächtold/Tönz, Beringer, Blöchliger, Brachs, Branco, Buri, C. Bhend, C. Bürli, Conus, Corbat, Debrunner, Dietiker, Eichenberger, Fankhauser, Frei, Glutz von Blotzheim, Häsli, Hirschi/Hirschi, Heldstab, H. Frésard, Holden, H.U. und R. Bichsel, Imhof, Jaquet, J.-L. und M.-T. Bossel, Jost, Knaus, Knochenmuss, Koch, Lattion Richard, L. Früh, Lindner, Lüthi, Maletinsky, Marti, M. Bürli, Meli, Messmer, Meyer/Meier, Moll, M. Schmid, M. und L. Waldmann, M. und T. Meier-Keller, Nägeli/Juchli, N. Frésard, O. Schmid, Philipp, Piller, Raemy, Rey, Rossinelli, Rouiller, Ruch, Schlageter, S. Murer, Seeholzer, Stehrenberger, Steiner, Straehl, S. und F. Kühne, S. und S. Nees, S. und U. Keller, T. Bergmann, Troller-Senn, Villiger, V. und H. Hänni, Wattinger, Welti, Wenger, W. Früh, Widmer, Witschi, Wunderlin, Zemp). SGV, ACCVS, Freie Landschaft Schweiz, Helvetia Nostra, IBK und Ligue vaudoise lehnen die Vorlage in Bezug auf die Vorschläge zur Beschleunigung von Windenergie- und Wasserkraftanlagen ab. Auch der Kanton Thurgau ist grundsätzlich dieser Meinung. Folgende Vernehmlassungsteilnehmende lehnen die Vorlage in Bezug auf ein Bundeskonzept für Grosswasserkraftanlagen mit Ausnahme der Bestimmungen zu den Solaranlagen ab: GL, GR, NW, UR, VS; ACCVS, IBK, RKGK. Der Kanton Nidwalden lehnt die vorgeschlagene Änderung des Energiegesetzes mit Ausnahme des Meldeverfahrens im Bereich der Solaranlagen ab.

Die ablehnende Haltung wird wie folgt **begründet**: Die Vorlage sei **verfassungswidrig** (CP, HEV Schweiz, USPI Suisse; UDC-Valais Romand; Einzelperson Rossinelli) oder verfassungsmässig fragwürdig (TG, ZG) und greife in die Kompetenzen der Kantone und/oder Gemeinden ein (Die Mitte; Kantone GL, GR, NW, UR, VS; HEV Schweiz, SAB, USPI Suisse; ACCVS, Freie Landschaft Zürich, IBK, RKGK; Einzelperson Maletinsky). Der Entzug der Kompetenzen der Gemeinden und die Ermächtigung der Kantone für bestimmte vom Bund bezeichnete Bauvorhaben sei verfassungswidrig (ASS Retrofit GmbH, Freie Landschaft Thurgau, Gemeinde Tuggen, Paysage Libre BEJUNE, SVP Meerenschwand-Benzenschwil, die Vereine IG «Schützt unseren Stierenberg», Lebensqualität Weltenberg, Pro Salen-Reutenen, Sauvez l'Echelette und Sauvez les Forêts du Gibloux; Einzelpersonen A. Bhend, Ammann, A. Murer, Arlt/Brunns, A. und F. Maier, H. und M. Eisele, A. und S. Dell'Oca, A. und U. Grünig, A. und Y. Germann, Bachofner/Kneifel, Bächtiger, Bächtold/Tönz, Beringer, Blöchliger, Brachs, Branco, Buri, C. Bhend, C. Bürli, Conus, Corbat, Debrunner, Dietiker, Eichenberger, Fankhauser, Frei, Glutz von Blotzheim, Grabowski, Häsli Hirschi/Hirschi, Heldstab, H. Frésard, Holden, H.U. und R. Bichsel, I. Bergmann, Imhof, Jaquet, J.-L. und M.-T. Bossel, Jost, Knaus, Knochenmuss, Koch, Lattion Richard, L. Früh, Lindner, Lüthi, Marti, M. Bürli, Meli, Messmer, Meyer/Meier, Moll, M. Schmid, M. und L. Waldmann, M. und T. Meier-Keller, Nägeli/Juchli, N. Frésard, O. Schmid, Philipp, Piller, Raemy, Rey, Rouiller, Ruch, Schlageter, S. Murer, Seeholzer, Stehrenberger, Steiner, Straehl, Strebel, S. und F. Kühne, S. und S. Nees, S. und U. Keller, T. Bergmann, Troller-Senn, Villiger, Wattinger, Welti, Wenger, W. Früh, Widmer, Wunderlin, Zemp). Die (Standort-)Gemeinden würden mit dem vorgesehenen Planungsverfahren in ihren Kompetenzen stark eingeschränkt, was nicht akzeptabel sei (VS; SGV, SAB; Travail Suisse; HEV Schweiz). Das Konzessionsverfahren müsse in der Kompetenz der Gemeinde verbleiben (GR; Stadt Zürich). Die Vorlage stelle eine schleichende Zentralisierung der kantonalen Kompetenzen im Gewässerbereich dar (GL, GR, NW, UR, VS; ACCVS, IBK, RKGK). Die Gewässerhoheit der Bündner Gemeinden würde stark eingeschränkt (ACCVS, IBK). Der Kanton Aargau beantragt, es auf eine aktivere Rolle der Kantone bei der Planung und Realisierung von Anlagenprojekten zu verzichten und die heutige Praxis beizubehalten.

Die Vernehmlassungsvorlage sei auch aus **demokratischer Sicht** problematisch (GL, GR, NW, UR, VS; SGV; Suisse Eole; ACCVS, FLCH, IBK, Pro Landschaft Schwyz, RKGK, die Vereine Sauvez-les-préalpes und Vol au Vent; Einzelperson Maletinsky). In letzter Konsequenz würden die Verfahren an Rückhalt in der Bevölkerung verlieren (Die Mitte; SGV; Travail Suisse; Suisse Eole, SVS) und es drohe ein Zeitverlust (LU; Die Mitte; SGV; SVS). Die heutige Regelung sei richtig, weil die Nutzungsplanung der Gemeinden näher bei den Bürgern und damit auch bei den Grundeigentümern sei (HEV Schweiz). Die **Stimmberechtigten der Gemeinden** würden bei Windenergieprojekten übergangen (Freie Landschaft Schweiz, ASS Retrofit GmbH, Freie Landschaft Zürich, Gemeinde Tuggen, Suisse

Eole; Helvetia Nostra, Paysage Libre BEJUNE, Pro Landschaft Schwyz, SVP Meerenschwand-Benzenschwil, die Vereine IG «Schützt unseren Stierenberg», Lebensqualität Wellenberg, Pro Salen-Reutenen, Sauvez l'Echelette, Sauvez les Forêts du Gibloux, Sauvez-les-préalpes und Vol au Vent; Einzelpersonen A. Bhend, Ammann, A. Murer, A. und F. Maier, H. und M. Eisele, A. und S. Dell'Oca, A. und U. Grünig, A. und Y. Germann, Bachofner/Kneifel, Bächtiger, Bächtold/Tönz, Beringer, Blöchliger, Brachs, Branco, Buri, C. Bhend, C. Bürli, Conus, Corbat, Debrunner, Dietiker, Eichenberger, Fankhauser, Frei, Glutz von Blotzheim, Grabowski, Häslis Hirschi/Hirschi, Heldstab, H. Frésard, Holden, H.U. und R. Bichsel, Imhof, I. Bergmann, Jaquet, J.-L. und M.-T. Bossel, Jost, Knaus, Lattion Richard, L. Früh, Lindner, Lüthi, Marti, M. Bürli, Meli, Messmer, Meyer/Meier, Moll, M. Schmid, M. und L. Waldmann, M. und T. Meier-Keller, Nägeli/Juchli, N. Frésard, O. Schmid, Philipp, Piller, Raemy, Rey, Rouiller, Ruch, Schlageter, S. Murer, Seeholzer, Stehrenberger, Steiner, Straehl, Strebel, S. und F. Kühne, S. und S. Nees, S. und U. Keller, T. Bergmann, Troller-Senn, Trösch, Villiger, Wattering, Welti, Wenger, W. Früh, Widmer, Zemp).

Der Vorschlag, die **«bedeutendsten Windparks»** in der Schweiz in einem speziellen Verfahren durch die Kantone bewilligen zu lassen, wird von einigen Vernehmlassungsteilnehmenden abgelehnt. Die Schweiz sei kein Windland. Die Windenergie könne keinen nennenswerten Beitrag zur Versorgungssicherheit und zur Lösung der energiepolitischen Probleme leisten (Freie Landschaft Schweiz, ASS Retrofit GmbH, Energie Club Schweiz, Freie Landschaft Thurgau, Helvetia Nostra, Paysage Libre BEJUNE, SVP Meerenschwand-Benzenschwil, die Vereine IG «Schützt unseren Stierenberg», Lebensqualität Wellenberg, Pro Salen-Reutenen, Sauvez l'Echelette und Sauvez les Forêts du Gibloux; Einzelpersonen A. Bhend, Ammann, A. Murer, Arlt/Bruns, A. und F. Maier, H. und M. Eisele, A. und S. Dell'Oca, A. und U. Grünig, A. und Y. Germann, Bachofner/Kneifel, Bächtiger, Bächtold/Tönz, Beringer, Blöchliger, Brachs, Branco, Buri, C. Bhend, C. Bürli, Conus, Corbat, Debrunner, Dietiker, Eichenberger, Fankhauser, Frei, Glutz von Blotzheim, Grabowski, Häslis Hirschi/Hirschi, Heldstab, H. Frésard, Holden, H.U. und R. Bichsel, I. Bergmann, Imhof, Jaquet, J.-L. und M.-T. Bossel, Jost, Knaus, Knochenmuss, Koch, Lattion Richard, L. Früh, Lindner, Lüthi, Maletinsky, Marti, M. Bürli, Meli, Messmer, Meyer/Meier, Moll, M. Schmid, M. und L. Waldmann, M. und T. Meier-Keller, Nägeli/Juchli, N. Frésard, O. Schmid, Philipp, Piller, Raemy, Rey, Rouiller, Ruch, Schlageter, Schneider, S. Murer, Seeholzer, Stehrenberger, Steiner, Straehl, Strebel, S. und F. Kühne, S. und S. Nees, S. und U. Keller, T. Bergmann, Troller-Senn, Villiger, V. und H. Hänni, Wattering, Weidmann, Welti, Wenger, W. Früh, Widmer, Wunderlin, Zemp). Der Energie Club Schweiz und UDC-Valais Romand sind der Ansicht, dass die Verfahrensbeschleunigung bzw. die Gesetzesänderung **nur für Wasserkraftwerke**, nicht aber für Windkraftwerke gelten soll; dasselbe gelte allenfalls auch für Kernkraftwerke (UDC-Valais Romand; Einzelpersonen H. und M. Eisele), falls diese nicht bereits verboten seien (UDC-Valais Romand). Windparks erforderten eine Notstromversorgung, die man sich allenfalls nicht leisten könne (Verein IG «Schützt unseren Stierenberg»). In der Nähe von Windenergieanlagen würden viele Menschen und Tiere krank und eine Windenergieanlage sei eine Todesfalle für Tiere (Einzelpersonen A. und S. Dell'Oca, Bächtiger, H. Frésard, M. und L. Waldmann, Nägeli, N. Frésard, Seeholzer, S. Murer, S. und U. Keller). Windkraftanlagen gehören nicht in Wohn- und Erholungsgebiete (Einzelpersonen S. und F. Kühne, Trösch). Viele betroffene Einfamilienhausbesitzer würden in ihrer wirtschaftlichen Existenz akut bedroht (Einzelpersonen S. und U. Keller). Für die Herstellung der Windturbinen würde riesige Mengen an Seltenen Erden benötigt (Einzelperson N. Frésard). Der saubere Rückbau und das Recycling der Anlagen und Komponenten seien nicht geregelt (Einzelpersonen Blöchliger, Rohrer). Die langfristigen Auswirkungen auf Mensch und Tier bei geringen Abständen der Windturbinen seien weitgehend unbekannt (Einzelpersonen A. und S. Dell'Oca, Messmer, Trösch).

Freie Landschaft Schweiz, ANL Beratungen Bözberg West, die ASS Retrofit GmbH, Freie Landschaft Thurgau, Helvetia Nostra, Paysage Libre BEJUNE, die RKOÖ, die SVP Meerenschwand-Benzenschwil, die Vereine IG «Schützt unseren Stierenberg», Lebensqualität Wellenberg, Pro Salen-Reutenen, Sauvez l'Echelette, Sauvez les Forêts du Gibloux, Sauvez-les-préalpes und Einzelpersonen (A. Bhend, Ammann, A. Murer, Arlt/Bruns, A. und F. Maier, A. und S. Dell'Oca, A. und U. Grünig, A. und Y. Germann, Bachofner/Kneifel, Bächtiger, Bächtold/Tönz, Beringer, Blöchliger, Brachs, Branco, C. Bhend, Buri, C. Bürli, Conus, Corbat, Debrunner, Dietiker, Eichenberger, Fankhauser, Frei, Glutz

von Blotzheim, Grabowski, Häslı Hirschi/Hirschi, Heldstab, H. Frésard, Holden, H. und M. Eisele, H.U. und R. Bichsel, I. Bergmann, Imhof, Jaquet, J.-L. und M.-T. Bossel, Jost, Knaus, Knochenmuss, Koch, Lattion Richard, L. Früh, Lindner, Lüthi, Maletinsky, Marti, M. Bürli, Meli, Messmer, Meyer/Meier, Moll, M. Schmid, M. und L. Waldmann, M. und T. Meier-Keller, Nägeli/Juchli, N. Frésard, O. Schmid, Philipp, Piller, Raemy, Rey, Rossinelli, Rouiller, Ruch, Schlageter, Schneider, S. Murer, Seeholzer, Stehrenberger, Steiner, Straehl, Strebel, S. und F. Kühne, S. und S. Nees, S. und U. Keller, T. Bergmann, Troller-Senn, Trösch, Villiger, V. und H. Hänni, Wattinger, Weidmann, Welti, Wenger, W. Früh, Widmer, Wunderlin, Zemp) weisen darauf hin, dass der Schaden für die Biodiversität und das Landschaftsbild beim Bau der **«bedeutendsten Windparks» in keinem Verhältnis zum Nutzen** stehe. Freie Landschaft Schweiz, Helvetia Nostra, Paysage Libre BEJUNE und die Einzelpersonen Arit/Bruns weisen darauf hin, dass dieser sehr geringe Nutzen in keiner Weise die mit der Gesetzesanpassung beabsichtigten Eingriffe in die Kantons- und Gemeindeautonomie rechtfertigen könne, geschweige denn eine allfällige Übersteuerung von bereits demokratisch gefällten Entscheidungen auf Gemeinde- bzw. Kantonebene. Der zu erwartende Beitrag der Windenergie sei im Kontext der gesamten Energieversorgung geradezu vernachlässigbar (Freie Landschaft Zürich).

Durch den Ausbau der bedeutendsten Standorte mit Wind- und Wasserkraftwerken würden **zahlreiche Landschaften neu industrialisiert oder mit Wasser überflutet** (Freie Landschaft Schweiz; Helvetia Nostra, Verein Sauvez-les-préalpes; Einzelpersonen Schneider, Weidmann). Würde man die bedeutendsten Windparks der Schweiz wie vorgeschlagen bauen, würde man mehr als zwölf **Landschaften zerstören**, ohne auch nur ein einziges Problem zu lösen (ASS Retrofit GmbH, Freie Landschaft Thurgau, Paysage Libre BEJUNE, SVP Meerenschwand-Benzenschwil, die Vereine IG «Schützt unseren Stierenberg», Lebensqualität Wellenberg, Pro Salen-Reutenen, Sauvez l'Echelette sowie Sauvez les Forêts du Gibloux; Einzelpersonen (A. Bhend, Ammann, A. Murer, A. und F. Maier, H. und M. Eisele, A. und S. Dell'Oca, A. und U. Grünig, A. und Y. Germann, Bachofner/Kneifel, Bächtiger, Bächtold/Tönz, Beringer, Blöchlinger, Brachs, Branco, Buri, C. Bhend, C. Bürli, Conus, Corbat, Debrunner, Dietiker, Eichenberger, Fankhauser, Frei, Glutz von Blotzheim, Grabowski, Häslı Hirschi/Hirschi, Heldstab, Holden, H.U. und R. Bichsel, I. Bergmann, Imhof, Jaquet, J.-L. und M.-T. Bossel, Jost, Knaus, Knochenmuss, Koch, Lattion Richard, L. Früh, Lindner, Lüthi, Maletinsky, Marti, M. Bürli, Meli, Messmer, Meyer/Meier, Moll, M. Schmid, M. und L. Waldmann, M. und T. Meier-Keller, Nägeli/Juchli, O. Schmid, Philipp, Piller, Raemy, Rey, Rouiller, Ruch, Schlageter, Schneider, S. Murer, Seeholzer, Stehrenberger, Steiner, Straehl, Strebel, S. und F. Kühne, S. und S. Nees, S. und U. Keller, T. Bergmann, Troller-Senn, Villiger, Wattinger, Welti, Wenger, W. Früh, Widmer, Wunderlin, Zemp). Diese würden einen **Ersteingriff in intakte Landschaften** bedeuten (ASS Retrofit GmbH, Freie Landschaft Thurgau, SVP Meerenschwand-Benzenschwil, Vereine IG «Schützt unseren Stierenberg», Lebensqualität Wellenberg, Pro Salen-Reutenen, Sauvez l'Echelette und Sauvez les Forêts du Gibloux; Einzelpersonen [A. Bhend, Ammann, A. Murer, A. und F. Maier, H. und M. Eisele, A. und S. Dell'Oca, A. und U. Grünig, A. und Y. Germann, Bachofner/Kneifel, Bächtiger, Bächtold/Tönz, Beringer, Blöchlinger, Brachs, Branco, Buri, C. Bhend, C. Bürli, Conus, Corbat, Debrunner, Dietiker, Eichenberger, Fankhauser, Frei, Glutz von Blotzheim, Grabowski, Häslı Hirschi/Hirschi, Heldstab, Holden, H.U. und R. Bichsel, I. Bergmann, Imhof, Jaquet, J.-L. und M.-T. Bossel, Jost, Knaus, Knochenmuss, Koch, Lattion Richard, L. Früh, Lindner, Lüthi, Maletinsky, Marti, M. Bürli, Meli, Messmer, Meyer/Meier, Moll, M. Schmid, M. und L. Waldmann, M. und T. Meier-Keller, Nägeli/Juchli, O. Schmid, Philipp, Piller, Raemy, Rey, Rouiller, Ruch, Schlageter, S. Murer, Seeholzer, Stehrenberger, Steiner, Straehl, Strebel, S. und F. Kühne, S. und S. Nees, S. und U. Keller, T. Bergmann, Troller-Senn, Villiger, Wattinger, Welti, Wenger, W. Früh, Widmer, Wunderlin, Zemp]). Freie Landschaft Freiburg, der Verein «Non au parc éolien les collines de la Sonnaz» und die Einzelperson Brachs weisen darauf hin, dass mit der Gesetzesänderung ein **Kahlschlag im Naturschutz** zu erwarten sei.

1.3.2 Generelle Haltung zu einzelnen Elementen der Vernehmlassungsvorlage

Aussagen zu Wasserkraft- und Windenergieanlagen und weiteren Energiearten

Einige Vernehmlassungsteilnehmende **lehnen** es ausdrücklich **ab** oder haben kein Verständnis dafür, dass die Verfahrensbeschleunigung gemäss der Vernehmlassungsvorlage **nur für Wasser- und Windkraftanlagen** (FDP, Grünliberale, SPS, SVP; SSV; economiesuisse; FER, VSE; Axpo, BKW, CCIG, CKW, Groupe E, Regiogrid, VFAS) bzw. nur für Grossanlagen (FER) gelten soll. Für **alle Projekte der erneuerbaren Energien** bzw. für einen Grossteil der Projekte der Wasserkraft und Windenergie seien Änderungen zur Beschleunigung und Vereinfachung nötig (economiesuisse, sbv, sgV; Ökostrom, Suisse Eole, Swiss Small Hydro, VSE; Alpiq, Axpo, BKW, CKW, CVCI, Groupe E, Regiogrid, SVV, Swisspower, VFAS bzw. FER). Ein Beitrag aller verfügbarer erneuerbarer Energien im Inland sei unerlässlich (VD; economiesuisse; Suisse Eole, VSE; BKW, CCIG, Groupe E, Regiogrid, VFAS). Die **Summe der kleinen Projekte** leiste auch einen Beitrag zur Schweizer Stromproduktion leisten (Groupe E, Primeo Energie).

Es **fehle die Berücksichtigung** der **Kernkraftwerke** (SVP; Energie Club Schweiz, Freie Landschaft Freiburg, Verein «Non au parc éolien les collines de la Sonnaz», Einzelpersonen Nägeli/Juchli bzw. Messmer und Welti), **grosser Photovoltaik-Anlagen** (AI, AG, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, VS, ZG, ZH; FDP, GPS, glp, SPS; economiesuisse; BPUK, EnDK, Suisse Eole, Swissolar, VSE; Alpiq, Axpo, BKW, CKW, CVCI, ewz, Regiogrid, SES, Solalpine, Stadt Zürich, Swisspower, VFAS; Einzelperson Weidmann), insbesondere ausserhalb der Bauzonen (economiesuisse; aeesuisse, Suisse Eole, Swisscleantech, Swissolar; Alpiq, SES, Swisspower) und im alpinen Raum (Grünliberale; economiesuisse; Suisse Eole, Swisscleantech, Swissolar, VSE; Alpiq, Axpo, BKW, CKW, CVCI, ewz, Groupe E, Regiogrid, SES, Solalpine, VFAS). ASEC weist darauf hin, dass nicht **alle Arten von Solaranlagen** berücksichtigt werden; der Begriff der Solarenergie solle auf hydraulische, aeraulische und passive Solarthermie ausgeweitet werden. Die SGS und die Solar Agentur Schweiz sind der Ansicht, dass mehr **Pumpspeicherkraftwerke** nötig wären. Einigen Vernehmlassungsteilnehmenden fehlen in der Vernehmlassungsvorlage eine Verfahrensbeschleunigung bzw. Bestimmungen zugunsten der **Biomasse** (Grünliberale; sbv; Biomasse Suisse, Verein Sauvez-les-préalpes; Einzelperson Weidmann) und der **Geothermie** (Grünliberale; Geothermie Schweiz, Stiftung Landschaftsschutz Schweiz; Freie Landschaft Zürich, svu, Verein Sauvez-les-préalpes; Einzelpersonen Maletinsky, Weidmann).

Freie Landschaft Freiburg und der Verein «Non au parc éolien les collines de la Sonnaz» wehren sich nicht gegen den Bau von **gasbetriebenen Reservekraftwerke** als Notlösung.

Eine Anzahl Vernehmlassungsteilnehmender fordert ein Konzept, das den Begriff der erneuerbaren Energien **technologieneutral** bzw. **-offen** definiert (FDP; economiesuisse, sbv; aeesuisse, Ökostrom, Suisse Eole, VSE; Axpo, BKW, CKW, Groupe E, Regiogrid, Stadt Zürich, VFAS). Es müssten alle erneuerbaren Energien (Freie Landschaft Schweiz; Helvetia Nostra; Einzelperson Weidmann) und auch Anlagen zur **Speicherung** erneuerbarer Energien berücksichtigt werden (economiesuisse; aeesuisse, Suisse Eole, Swissolar, VSE; BKW, Groupe E, Regiogrid, Stadt Zürich).

In mehreren Stellungnahmen wird darauf hingewiesen, dass es bei Wasserkraft- und Windenergieanlagen bezüglich Verfahren und deren Komplexität (z.B. Konzessionsverfahren bei Wasserkraft), Umweltauswirkungen, Energieproduktion, Potenziale, Akzeptanz und Interessenkonflikten **grosse Unterschiede** gebe. Deshalb seien diese sowohl bezüglich Planung als auch bezüglich Prozesse unterschiedlich zu behandeln (AI, AG, AR, BE, BL, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, VS, ZG, ZH; SGV; BPUK, EnDK; Freie Landschaft Zürich, Pro Landschaft Schwyz; Einzelperson Maletinsky). Während AR dafürhält, dass ein konzentriertes Verfahren im Bereich der Windenergie durchaus sinnvoll sei, findet SG, dass das vorgeschlagene Verfahren nicht geeignet sei.

Von einigen Vernehmlassungsteilnehmenden wird empfohlen, die **Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung nach Technologie gesondert** anzugehen (SGV; svu), unter Einbezug der Betroffene

nen (WWF), insbesondere aufgrund der potenziellen unterschiedlichen Auswirkungen auf Biodiversität und Landschaft sowie der Datengrundlagen (SPS; Pro Natura, Pusch, SVS, VCS, WWF; Greenpeace, SES, svu).

Konzept für erneuerbare Energien

GPS, sbv, Ökostrom, RWU, RZU, GGS, Swissspower und VFS **begrüssen** den vorgesehenen Auftrag, ein Konzept für erneuerbare Energien auf nationaler Ebene zu erarbeiten.

Das Bundesgericht erachtet das vorgesehene Konzept als **grundsätzlich geeignet**, effektivere Verfahrensabläufe herbeizuführen und Verzögerungen zu vermeiden. SZ unterstützt das vorgeschlagene Konzept für erneuerbare Energien im Grundsatz, stellt sich aber die Frage, ob eine Bundeskompetenz dafür vorhanden sei.

Einige Organisationen sind der Ansicht, dass das Bundeskonzept im Bereich Wasserkraft die Realisierung der **Projekte, die in der Erklärung des «Runden Tisches Wasserkraft»** festgehalten seien, **voranbringen** könne (Pro Natura, Pusch, SVS, VCS, WWF; Greenpeace, SES, svu). Im Bereich **Windenergie** müssten hingegen noch wichtige **Vorarbeiten** geleistet werden (Pro Natura, Pusch, SVS, VCS; Greenpeace, SES).

Der Kanton Bern beantragt, die **Notwendigkeit und Rechtsbeständigkeit eines Bundeskonzepts** seien vertieft abzuklären.

Einige Vernehmlassungsteilnehmende möchten **auf das vorgeschlagene Bundeskonzept** ausdrücklich **verzichten bzw. lehnen es ab** (AI, AG, AR, GL, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, UR, VD, VS, ZG, ZH; SGV; BPUK, EnDK, HEV Schweiz; ACCVS, Freie Landschaft Freiburg, IBK, RKGK, Verein «Non au parc éolien les collines de la Sonnaz»).

Einige Vernehmlassungsteilnehmende weisen darauf hin, dass ein **analoges Konzept** im Rahmen der Vernehmlassung zur letzten Teilrevision des Energiegesetzes von 20 Kantonen abgelehnt worden sei (AI, AG, AR, GL, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TI, UR, VS, ZG, ZH; FDP; BPUK, EnDK; ACCVS, IBK, RKGK). Die Kantone wollten vielmehr auf bestehende Instrumente abstellen (AI, AG, GL, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, UR, VS, ZG, ZH; BPUK, EnDK; ACCVS, IBK, RKGK). AR, GL, GR, NW, UR, VS, ACCVS, IBK und RKGK sehen den Mehrwert des Bundeskonzepts nicht, insbesondere wenn die Interessenabwägung des Bundeskonzeptes im Richtplanprozess wieder hinterfragt werden könne (GL, GR, NW, UR, VS; ACCVS, IBK, RKGK).

Andere Stellungnahmen enthalten folgende Rückmeldungen zum vorgeschlagenen Bundeskonzept: Es sei ein neues raumplanerisches Instrument, das aufgrund der fehlenden Kompetenzen des Bundes nicht nur **verfassungsmässig fragwürdig** sei (AI, AG, AR, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, VS, ZG, ZH; SGV; BPUK, EnDK, Freie Landschaft Schweiz; Helvetia Nostra, Ligue vaudoise, Pro Landschaft Schwyz), sondern auch neue Unsicherheiten mit sich bringe (AI, AG, AR, GE, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, VS, ZG, ZH; SGV; BPUK, EnDK). Das Konzept würde einen direkten Eingriff in die kantonalen (SAB) und kommunalen Kompetenzen bedeuten (SAB; HEV Schweiz). Es sei eigentlich ein **Sachplan** (AR, BL, GL, GR, NW, SZ, TI, UR, VS; SVS; ACCVS, IBK, RKGK), wofür die Verfassungsgrundlage fehle bzw. eine Verfassungsänderung nötig wäre (BL, BS, FR, GL, GR, LU, NW, SZ, UR, VS; Freie Landschaft Schweiz und Zürich; ACCVS, Helvetia Nostra, IBK, RKGK). Die Festsetzung von Standorten für Anlagen in einem Konzept wäre ein Novum, weshalb einige Städte (SSV) und der Kanton Bern anzweifeln, ob das Instrument bei Rechtsstreitigkeiten Bestand haben würde.

Mit dem Einbau einer zusätzlichen Planungsstufe würden Koordinations- und Abgrenzungsaufwand sowie Komplexität steigen, was insgesamt eine **Verschlechterung der Situation** bewirke (GL, GR, NW, UR, VS; ACCVS, IBK, RKGK). Für die Ausarbeitung werde wiederum Zeit benötigt, was nicht zur angestrebten Verfahrensbeschleunigung beitrage (AI, AG, GL, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TI, UR, VS, ZG, ZH; BPUK, EnDK; ACCVS, IBK, RKGK).

Unklar sei auch, inwieweit das vorgesehene Konzept die **Arbeiten zur Umsetzung der Festlegungen der für die Nutzung der Wasser- und Windkraft geeigneten Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan** negativ beeinflusse (GL, GR, NW, UR, VS; ACCVS, IBK, RKGK). Befürchtet wird auch eine Verlangsamung der Aufnahme von Wasserkraftprojekten in den kantonalen Richtplan (Kanton VS).

2. Stellungnahmen zu den einzelnen Bestimmungen

2.1. Konzept für erneuerbare Energien (Art. 9a)

Absatz 1

VS, EKD und ENHK erachten das vorgeschlagene Konzept für erneuerbare Energien als geeignet, um die Richtplanverfahren für Standorte zu beschleunigen. Das Bundesgericht ist der Ansicht, dass das Konzept die Realisierungswahrscheinlichkeit erhöhen kann, wenn eine stufengerechte Interessenabwägung stattfindet. Der SAC begrüsst den Einbezug der Gemeinden, Organisationen und der Bevölkerung. BL und LU sehen Hindernisse in den unbekanntem materiellen Rahmenbedingungen des Konzepts, während SG sich fragt, wie der Bundesrat ohne Richtplanung zu den notwendigen Informationen für Grossanlagen gelangen will. CKW sieht den Ausschluss der Projektanten und Investoren von der Erarbeitung des Konzepts als Widerspruch zur Schaffung von Planungs- und Investitionssicherheit.

Der WWF schlägt vor, dass das nationale Konzept Empfehlungen zur Freihaltung von bedeutenden Ortsbildern und wertvollen Naturräumen sowie klare Vorgaben für die kantonalen Abklärungen und Prüfungen enthalten sollte. Auch UR betont die Freihaltung der für den Naturschutz wichtigsten Gebiete. Die Eawag empfiehlt, den Ansatz der integralen Einzugsgebietsplanung zu verfolgen und die bestehenden Instrumente zu nutzen. JU betont die Berücksichtigung der bestehenden Richtplanung und Objektblätter zur Windenergie. Geothermie Schweiz fordert eine Überarbeitung des Konzepttitels, da dieser irreführend sein könnte.

BS, FR, Axpo, Akademien und CKW schlagen vor, dass der Bund einen nationalen Sachplan für den Ausbau der erneuerbaren Energien erarbeitet. Dazu sollen die Kompetenzen des Bundes im Bereich der erneuerbaren Energien erweitert werden. Die im Sachplan enthaltenen Projekte müssten mit einem höheren Detaillierungsgrad als in den kantonalen Richtplänen behandelt werden. Axpo und CKW schlagen vor, im Sachplan auch Standorte für grossflächige Photovoltaikanlagen auszuweisen. Sollten die Vorgaben des Sachplans nicht in die kantonalen Richtpläne übernommen werden, müsste in letzter Konsequenz eine Ersatzvornahme durch den Bund erfolgen.

Absatz 2

Einige Vernehmlassungsteilnehmende kritisieren die Einführung der neuen Kategorie der für den Ausbau der Energieversorgung bedeutendsten Anlagen (AI, AG, AR, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, VS, ZG, ZH; ACCVS, BPUK, EnDK, IBK, Swiss Small Hydro). Es wird befürchtet, dass bestehende Anlagen abgewertet und benachteiligt werden und dass die Einführung dieser Kategorie zu Verzögerungen bei der Umsetzung von Projekten führen könnte (AI, AG, AR, BE, BL, BS, GL, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, UR, VD, VS, ZG, ZH; FDP; economiesuisse; BPUK, EnDK, FER, Suisse Eole, Swiss Small Hydro; ACCVS, Alpiq, FMV, Groupe E, IBK, RKGK, Swisspower, VFAS). Einige Vernehmlassungsteilnehmende sind der Ansicht, die Einführung der neuen Kategorie könne zu einer Verletzung des Prinzips der umfassenden Planung führen (GL, GR, NW, UR, VS; ACCVS, IBK, RKGK).

Absatz 3

BL, BE, NW, VS, economiesuisse, BKW, EKW und SWV lehnen gleiche Schwellenwerte insbesondere für Windenergie und Wasserkraft ab. Die SVP erachten einen fixen Schwellenwert als unnötige Einschränkung und fordert flexible Schwellenwerte, um auch andere wichtige Anlagen einbeziehen zu können. Auch die Angemessenheit eines Schwellenwertes von 40 GWh wird kritisiert, da andere Technologien nicht berücksichtigt würden (TG; Einzelperson Weidmann).

Einige Vernehmlassungsteilnehmende empfehlen, die "bedeutendsten Anlagen" genauer zu spezifizieren, höhere Werte für Neuanlagen festzulegen und einen Mindestanteil an Wintererzeugung zu definieren. Es wird empfohlen, diese Anlagen auf die 15 Projekte des "Runden Tisches Wasserkraft" zu beschränken (SPS; Pro Natura, Pusch, SVS, VCS, WWF; Greenpeace, SES), während CKW den Neu- und Ausbau weiterer Wasserkraftanlagen unterstützt. Für den WWF sollten die wichtigsten Anlagen auf maximal 2 TWh Winterstrom begrenzt werden. Einige Vernehmlassungsteilnehmende schlagen vor, Kriterien für die Aufnahme von Standorten im Gesetz zu definieren (economiesuisse; Suisse Eole, VSE; Alpiq, BKW, Groupe E, Regiogrid, VFAS), während andere den Schwellenwert im Gesetz festschreiben wollen, um Planungssicherheit zu schaffen (TG, GastroSuisse, STV).

2.4. Richtplanfestsetzungen gemäss dem Konzept für erneuerbare Energien (Art. 10a)

Absatz 1

Das Bundesgericht ist der Ansicht, dass die Festlegung der Projektstandorte im kantonalen Richtplan zur Planungssicherheit beiträgt und dadurch Rückweisungen wegen fehlender Richtplanung verhindert werden. VS ist der Ansicht, dass die Methode und die Art der Festlegung von Wasserkraft- und Windenergieprojekten aus Artikel 10a nicht klar hervorgehen. Primeo Energie fordert, dass alle Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien berücksichtigt werden. Auch seien Standorte für die Speicherung erneuerbarer Energien in den Richtplan aufzunehmen (aeesuisse). TI schlägt vor, dass die Vorgehensweisen Gegenstand von Vereinbarungen zwischen Bund und Kantonen sein sollen. economiesuisse, Suisse Eole, VSE, Alpiq, Axpo, BKW, CKW, Groupe E, Regiogrid und VFAS fordern eine periodische Überprüfung und transparente Darstellung der Umsetzung des Konzepts in den kantonalen Richtplänen sowie ein Monitoring (Eawag). Das Bundesgericht stellt fest, dass eine Regelung für kantonsübergreifende Anlagen fehlt.

Absatz 2

Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende bringen unterschiedliche Anliegen und Vorschläge zur Umsetzung des Konzeptes des Bundes für erneuerbare Energien ein. GL, GR, NW, UR, VS, ACCVS, IBK und RKGK fordern eine sorgfältige Interessenabwägung bei der Umsetzung von Projekten auf kantonaler Ebene. Andere betonen die Bedeutung einer koordinierten Planung zwischen Bund und Kantonen (economiesuisse; Suisse Eole, VSE; BKW, Groupe E, Regiogrid, VFAS). Axpo, CKW und VFAS befürchten, dass die vorgeschlagenen Regelungen zu unbestimmt sind und zu unterschiedlichen Beurteilungen führen könnten. Vorgeschlagen wurde die Durchführung von strategischen Umweltprüfungen auf kantonaler Ebene sowie die Berücksichtigung kumulativer Auswirkungen von Projekten auf Biodiversität und Landschaft im gleichen Gebiet (GPS, SPS; SGB; Pro Natura, Pusch, SVS, VCS, WWF; Aqua Viva, Greenpeace, SAC, SES, svu). Gefordert wurden auch die Wahrung der Rechte der betroffenen Gemeinden (Einzelperson Weidmann) und die Suche nach Alternativstandorten, wenn ein Standort nicht realisiert werden kann (Grünliberale).

Absatz 3

Nach dem SSV ist es angesichts der Dringlichkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien gerechtfertigt, den Standortgemeinden lediglich ein Recht auf Information und Anhörung zuzusprechen. RZU und

svu sind mit der vorgeschlagenen Aufhebung des Beschwerderechts der Gemeinden bei der Revision des kantonalen Richtplans einverstanden. Andere lehnen diese Massnahme ab (AI, AG, AR, BL, GR, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TG, VS, ZG, ZH; SGV; BPUK, EnDK, HEV Schweiz; Pro Landschaft Schwyz). Kritiker sehen die Gemeindeautonomie in Gefahr und befürchten eine Schwächung der betroffenen Gemeinden (TG; SGV; ACCVS, ASS Retrofit GmbH, CP, HEV Schweiz, Ligue vaudoise Verein Weitsicht für Vechigen; Einzelpersonen A. Bhend, H.U. und R. Bichsel, M. Bürli). Das Bundesgericht hält fest, dass der Rechtsschutz gewährleistet bleibt, wenn auch in konzentrierter Form.

Verschiedentlich wird auf die grosse Gefahr hingewiesen, dass bei einer nur akzessorischen Überprüfung des Konzepts und der Richtplanung erst in einem Beschwerdeverfahren gegen den Plangenehmigungsentscheid Mängel festgestellt werden könnten, was einer raschen und definitiven Planung der betreffenden Anlagen entgegenstehe (AI, AG, AR, BE, GE, GL, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TG, TI, UR, VS, ZG, ZH; SGV; BPUK, EnDK; ACCVS, IBK, RKGK). Das Risiko der Aufhebung der Plangenehmigung werde verstärkt, wenn die Gemeinden auf Richtplanstufe ausgeschlossen würden (LU).

Absatz 4

economiesuisse, Suisse Eole, VSE, Alpiq, BKW, GGS, Groupe E, Regiogrid und VFAS begrüessen, wenn der Bund Fristen für die Realisierung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien setzen kann. ZG ist der Ansicht, dass der Bund keine Kompetenz hat, solche Vorgaben zu machen. Suisse Eole schlägt vor, konkrete Fristen ins Gesetz aufzunehmen, während VS darauf hinweist, es wäre nicht nachvollziehbar, wenn für die Anpassung des kantonalen Richtplans weniger als zwei Jahre vorgesehen würden.

2.5. Konzentriertes kantonales Plangenehmigungsverfahren (Art.14a)

Allgemeines

AG, AI, AR, BL, GE, GR, JU, LU, NW, OW, SG, SH, SO, TI, VD, ZG, ZH; FDP ; ACCVS, Axpo, BPUK, EnDK, ewz, Helvetia Nostra, FLCH, regiogrid, SGV, Suisse Eole und VSE weisen darauf hin, dass einige Kantone bereits konzentrierte Verfahren für solche Projekte eingeführt haben. Allerdings bestehen Bedenken hinsichtlich der Ressourcenintensität und der unterschiedlichen Organisation der Genehmigungsverfahren in den Kantonen (GR, VS; BPUK, EnDK). Es wird auch vorgeschlagen, das Bewilligungsverfahren für den elektrischen Teil von Wind- und Wasserkraftanlagen in das neue Verfahren zu integrieren (Suisse Eole). Der sbv unterstützt die Idee, Projekte nicht in mehrere Schritte aufzuteilen, um Beschwerden zu vermeiden.

Absatz 1

Während BE, SVV, CVCI, DAH, Groupe E, RWU und RZU die Einführung eines kantonalen Plangenehmigungsverfahrens in der vorgeschlagenen Form eher befürworten und SWV und EKW dies befürworten, wenn es zusätzlich zu den bestehenden Verfahren eingeführt wird, äussert sich ein Teil der Vernehmlassungsteilnehmenden kritisch, insbesondere aufgrund von Zweifeln am Effizienz- und Zeitgewinn im Vergleich zur heutigen Situation (AG, BL, GE, UR; Axpo, BGer, EKW, Ligue vaudoise, SGV), oder sogar dagegen (SG, TG; RKOÖ, SAB), insbesondere wenn es um die Wasserkraft geht (GL, GR, NW, UR; ACCVS, RKGK), oder weil sie der Meinung sind, dass es in der Kompetenz der Kantone liegt, über die Einführung eines solchen Verfahrens zu entscheiden (LU, ZH; CP, Helvetia Nostra, HEV Schweiz, FLCH). Die Ligue vaudoise hält die Einführung des vorgeschlagenen Verfahrens für verfassungswidrig. Ohne sich gegen das vorgeschlagene Verfahren auszusprechen, fragen sich aber verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende, ob angesichts der Tatsache, dass die Gemeinden gewisse Kompetenzen verlieren würden, die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung noch ausreichend berücksichtigt würden, insbesondere wenn es um Windparks geht (GPS; Alliance, ARS, AS,

Appenzell-Innerrhoder und St. Galler, Basler, Baselbieter, Bündner, Innerschweizer und Schaffhauser Heimatschutz, Berner Heimatschutz, DAH, Schweizer Heimatschutz, STAN). Der Eingriff in die Autonomie der Kantone sei ebenso abzulehnen wie der Ausschluss der Gemeinden (Einzelperson Weidmann).

Eine beträchtliche Anzahl von Vernehmlassungsteilnehmenden ist der Ansicht, dass bei Einführung des konzentrierten Plangenehmigungsverfahrens nach Artikel 14a die Antragsteller zwischen dem mehrstufigen Verfahren und dem vereinfachten Verfahren wählen können sollten (AI, AR, LU, OW, SG, SH, SO, TI, VD, VS, ZG, ZH; SPS ; SGB ; BPUK, EnDK ; aeesuisse, Alpiq, Aquaviva, Axpo, baueschweiz, BKW, EKW, ewz, Greenpeace, Groupe E, Pro Natura, Pusch, regiogrid, SES, SL-FP, Stadt Zürich, Suisse Eole, SVS. svu, swisscleantech, swissolar, swisspower, SWV, VCS, VSE, WWF). Dies würde sicherstellen, dass strittige Fragen im Zusammenhang mit der Erteilung der Konzession in einem gesonderten Verfahren geklärt werden können (Suisse Eole). Ein konzentriertes Verfahren ist allerdings nicht unbedingt die beste Lösung, insbesondere für grosse Wasserkraftprojekte, bei denen das finanzielle Risiko im Verhältnis zum Risiko einer endgültigen Ablehnung des Projekts zu hoch ist, wenn das Baubewilligungs- und das Konzessionsverfahren zusammengelegt werden (AG, AI, AR, GL, LU, NW, OW, SG, SH, SO, UR, ZG, ZH; BPUK, EnDK; ACCVS, EKW, GGS, Greenpeace, Groupe E, RKGK, SL-FP, Stadt Zürich, Swisspower, SWV, WWF). SAC, VCS und WWF fragen sich, ob die Bündelung aller Interessen und gegebenenfalls die Suche nach alternativen Lösungen im konzentrierten Planungsverfahren wirklich die effizienteste Vorgehensweise ist.

Absatz 2

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmende sind der Ansicht, dass das Konzessionsverfahren nicht in das in Artikel 14a vorgeschlagene Plangenehmigungsverfahren integriert werden sollte (GL, NW, UR; SGV; ACCVS, Alpiq, regiogrid, RKGK, Suisse Eole, VSE). Es wird argumentiert, dass die Konzessionserteilung wichtig ist, um die finanziellen Risiken für den Projektträger zu minimieren. Diskutiert wird auch, wie die Genehmigungsverfahren für den elektrischen Teil von Wind- und Wasserkraftanlagen koordiniert werden sollen (BE, FR; Alpiq, ewz, Groupe E, regiogrid, Stadt Zürich, Suisse Eole, VSE). Einige Teilnehmer schlagen vor, dass es einen einzigen Ansprechpartner für alle projektbezogenen Verfahren geben sollte, um die Koordination zu erleichtern (Groupe E, regiogrid, VSE). Es werden auch Überlegungen zur Enteignung von Grundstücken für Windkraftanlagen angestellt und wie dies im Bundesrecht geregelt werden sollte (Alpiq, ewz, Groupe E, regiogrid, Stadt Zürich, Suisse Eole, VSE). Groupe E, regiogrid und VSE schlagen ausserdem vor, zu prüfen, ob die Plangenehmigung nicht eine vorzeitige Besitzinweisung beinhalten könnte, damit das Verfahren nicht durch mögliche, noch nicht geklärte Entschädigungsfragen verlangsamt wird.

Skyguide weist darauf hin, dass das konzentrierte kantonale Plangenehmigungsverfahren mit den bundesrechtlichen Sonderbewilligungen - zu denen auch die Bewilligung für den Bau eines Luftfahrt-Hindernisses gehört - sowie mit den Vorbescheiden der Bundesbehörden koordiniert werden muss.

Absatz 3

Während das Bundesgericht und SL-FP Vorteile in der Übertragung der Plangenehmigungskompetenz auf die Kantonsregierung sehen, weist SO darauf hin, dass die damit verbundene Anpassung des kantonalen Rechts viel Zeit in Anspruch nehmen wird und angesichts der geänderten Kompetenzverteilung mit erheblichen politischen Risiken verbunden ist. Axpo plädiert dafür, dass die Zuständigkeit bei einer einzigen Behörde liegen sollte, um Widersprüche zwischen den Stellungnahmen verschiedener Behörden zu vermeiden.

aeesuisse, ewz, Groupe E, regiogrid, Suisse Eole, Stadt Zürich, Swissolar und VSE schlagen einen neuen Absatz 3b vor, der die Koordination und Bewilligung von kantonsübergreifenden Anlagen regelt, wobei die betroffenen Kantone gemeinsam die Behörde bestimmen, die das Verfahren leitet, und das UVEK die Frage bei Uneinigkeit zwischen den Kantonen entscheidet.

FR, VD, CP, Helvetia Nostra und FLCH lehnen den Absatz ab, da der Bund nicht befugt sei, den Kantonen vorzuschreiben, welche Behörde für die Plangenehmigung zuständig sein soll.

Absatz 4

Das Bundesgericht hebt die Bedeutung der Beschwerde an das obere kantonale Gericht angesichts der Grösse und Bedeutung der Projekte, ihrer erheblichen Auswirkungen auf Raum und Umwelt und der Notwendigkeit, eine einheitliche Anwendung des Bundesrechts zu gewährleisten, hervor. Die Bedeutung dieses Rechtswegs wird auch von SL-FP hervorgehoben. Mehrere Organisationen möchten, falls das konzentrierte kantonale Plangenehmigungsverfahren zur Anwendung kommen sollte, dass die Beschwerdefristen angesichts der Komplexität der Dossiers bei komplexen Grossprojekten auf 60 Tage verlängert werden (aqua viva, Greenpeace, Pro Natura, Pusch, SAC, SES, VCS, WWF). Andere schlagen vor, die Möglichkeit der Einsprache gegen das Projekt auf Gemeindeebene aufzuheben, um das Verfahren zu verkürzen (SPS; SGB; Greenpeace, Pusch, SVS, VCS, WWF). HEV lehnt die Abschaffung von Rechtsmitteln ab.

BE weist darauf hin, dass mit dem vorgeschlagenen Rechtsmittelverfahren eine Beschleunigung erreicht werden kann, dass jedoch die Auswirkungen auf die Mehrbelastung der kantonalen Gerichte nicht ausreichend geprüft worden seien. Es wird befürchtet, dass die Verfahren erheblich mehr Zeit und personelle Ressourcen in Anspruch nehmen werden und dass zur Gewährleistung eines umfassenden Rechtsschutzes eine Ausweitung der Kognition der oberen Gerichte notwendig werden könnte.

Absatz 5

GGs und SL-FP begrüssen diesen Absatz ausdrücklich. Mehrere Vernehmlassungsteilnehmende lehnen ihn jedoch ab und weisen insbesondere darauf hin, dass die Vorschrift an die Gerichte unter dem Gesichtspunkt der Gewaltenteilung problematisch bzw. inakzeptabel sei (GE, TG; aqua viva, FLCH, Greenpeace, HEV, Pro Natura, Pusch, SVS, VCS, WWF; Einzelperson Weidmann). Das Bundesgericht hält fest, dass es bei wichtigen Projekten von öffentlichem Interesse grundsätzlich seiner Praxis entspricht, einen reformatorischen Entscheid im Rahmen des Möglichen zu fällen, dass es aber an die Grenzen seiner Möglichkeiten stösst, wenn sich komplexe technische oder wissenschaftliche Fragen stellen, wenn es zahlreiche Mängel gibt oder wenn es um grundlegende politische Orientierungen gehe, wie etwa betreffend erforderliche Grundlage im kantonalen Richtplan im Fall Grimsel.

2.6. Übergangsbestimmungen (Art. 75a)

Allgemeines

AG, AI, AR, BE, GR, LU, NW, OW, SG, SH, SO, ZG, ZH, BPUK und EnDK sind der Ansicht, dass die Übergangsbestimmungen unvollständig seien und vollständig überarbeitet werden müssen. Auch Groupe E, regiogrid und VSE sind der Meinung, dass laufende Projekte nicht durch Rechtsunsicherheiten gebremst werden dürfen und die Übergangsbestimmungen deshalb klarer gefasst werden müssen. EKW, Swiss Small Hydro und SWV sind der Meinung, dass laufende Bewilligungsverfahren auf keinen Fall verzögert werden dürfen. Swiss Small Hydro bezweifelt zudem, dass das konzentrierte kantonale Plangenehmigungsverfahren innert nützlicher Frist wirksam ist und ist der Ansicht, dass die bisherigen Verfahren weiterhin möglich sein sollten, bis genügend Erfahrungen mit dem neuen Verfahren gesammelt wurden und nachgewiesen ist, dass es tatsächlich eine Beschleunigung bringt. EKW und SWV fordern, dass das neue Verfahren der konzentrierten Plangenehmigung sofort anwendbar sein sollte, wenn es zur Beschleunigung der Realisierung laufender Projekte beiträgt. SL-FP ist mit der Regelung einverstanden.

Absatz 1

Der Verweis auf die Artikel 16-17 EleG wird verschiedentlich kritisiert, da ein Bundesverfahren, das für Stromleitungen und nicht für Energieerzeugungsanlagen gilt, nicht angemessen erscheine (AG, AI, GR, LU, NW, OW, SG, SH, SO, ZG, ZH; BPUK, EnDK; aeesuisse, Ligue vaudoise, Suisse Eole, Stadt Zürich). Es wird auch in Frage gestellt, ob der Bund überhaupt befugt ist, den Kantonen solche Übergangsbestimmungen aufzuerlegen (AG, AI, AR, BE, GR, LU, NW, OW, SG, SH, SO, TG, ZG, ZH, BPUK, EnDK; Ligue vaudoise). FR lehnt diesen Abschnitt ab, da er eine komplexe Situation und Rechtsunsicherheit schaffe. Alpiq, Axpo, ewz, Groupe E, regiogrid und VSE lehnen den Verweis auf Artikel 16-17 EleG ab und beantragen, diesen Teil des Artikels zu streichen. Swiss Eole und Swissolar sehen eine Alternative darin, dem Bundesrat die Kompetenz zu erteilen, das Verfahren bis zum Inkrafttreten der kantonalen Gesetzesbestimmungen zum konzentrierten Plangenehmigungsverfahren zu regeln.

Absatz 2

AG, AI, AR, LU, NW, OW, SG, SH, SO, ZG, ZH, BPUK, EnDK, BKW und Groupe E befürchten, dass laufende Bewilligungsverfahren und Projekte durch die Gesetzesänderung verzögert werden könnten. Das konzentrierte Plangenehmigungsverfahren sollte daher weder auf laufende Verfahren noch auf Projekte, die bereits im Richtplan eingetragen sind, angewendet werden. Die Ligue vaudoise führt aus, dass das neue Verfahren nicht auf Projekte angewendet werden sollte, die bereits einen negativen Bescheid erhalten haben. aeesuisse, Alpiq, ewz, regiogrid, Suisse Eole, Stadt Zürich und VSE schlagen vor, den Gesetzestext anzupassen, um die neu eingeführte Wahlfreiheit im Plangenehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Es wurden auch Bedenken hinsichtlich der Klarheit des Zeitpunkts der Anwendung des neuen Genehmigungsverfahrens geäußert.

Absatz 3

ewz, Groupe E, regiogrid, Suisse Eole, Stadt Zürich und VSE verlangen die Streichung des Absatzes. Der Hinweis, dass rechtskräftige Nutzungspläne und Konzessionen auch unter dem neuen Verfahrensrecht gültig bleiben, stifte nur Verwirrung; sollte er jedoch beibehalten werden, müsste klargestellt werden, dass rechtskräftige Planungen nicht wieder in Frage gestellt werden können und berücksichtigt werden müssen, was auch Alpiq fordert.

AG, AI, AR, LU, NW, OW, SG, SH, SO, ZG, ZH, BPUK und EnDK verlangen eine Klarstellung, dass bei Konzessionserneuerungen und Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen das neue Verfahren nicht anwendbar ist. Es sollte auch klargestellt werden, inwieweit bestehende Anlagen von den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen betroffen sein könnten.

2.7. Bundesgesetz vom 14. Dezember 1996 über die direkte Bundessteuer und Steuerharmonisierungsgesetz vom 14. Dezember 1990

Artikel 32 Absatz 2 erster Satz DBG, Artikel 9 Absatz 3 erster Satz StHG

Eine grosse Anzahl von Vernehmlassungsteilnehmenden begrüsst die vorgeschlagenen Änderungen bei den Steuerabzügen (AG, AI, BE, FR, GL, GR, LU, NE, OW, SH, SO, TG, UR, VS, ZG; Die Mitte, FDP, glp, GPS, SPS; SGB; BPUK, EnDK; Akademien, ACCVS, SGV, aeesuisse, VSE, Alliance, aquaviva, ARS, AS, SVV, SVS, VCS, Axpo, Appenzell-Innerrhoder und St. Galler, Basler, Baselbieter, Bündner, Innerschweizer und Schaffhauser Heimatschutz, SAC, RKGK, CGI, bauenschweiz, CVCI, DAH, economiesuisse, ECO SWISS, ewz, FER, Groupe E, Greenpeace, HEV, HotellerieSuisse, Ligue vaudoise, Berner Heimatschutz, SHS, Primeo Energie, Pro Natura, Pusch, regiogrid, RKOÖ, RZU, SES, SL-FP, SSES, STAN, Swissolar, Swissspower, suisstec, Travail Suisse, usic, USP, USPI suisse, SGB, SSV, VASOS-FARES, VFAS, Stadt Zürich, VSA, WWF). AR, BS, GE, UR und VD sind

grundsätzlich für Steuerabzüge, verlangen aber eine Klarstellung, dass keine doppelten Abzüge möglich sind. Einige Organisationen sind dafür, solange keine Verpflichtung zur Nutzung von Solarenergie besteht (Casafair) oder die Abzüge sowohl für juristische als auch für natürliche Personen gelten (FST, GastroSuisse, sgv). Nur eine Minderheit lehnt den Vorschlag ab (ZH, SZ, NW, SG, AG, Club Energie Suisse). Es werden auch weitere Massnahmen zur Förderung der Solarenergie vorgeschlagen (LU, AR, TG; EKD, aeesuisse, SSES, Stadt Zürich, suisstec, Swissolar, USPI, VSE). UFS schlägt vor, dass der Staat die Kosten nur für abgelehnte Projekte übernimmt.

EXPERTsuisse begrüsst das Ziel, die Steuerabzüge für die Installation von Solaranlagen auf neuen und bestehenden Gebäuden in allen Kantonen einheitlich zu behandeln. Sie schlägt vor, diese Abzüge nicht auf der Stufe des Gesetzes-, sondern auf Verordnungsstufe zu regeln. Ruedi Horber fordert, dass die Einkünfte aus dem Verkauf von Solarenergie auf privaten Liegenschaften von der direkten Bundessteuer befreit werden, allenfalls mit einer Obergrenze. ASEC kritisiert die fehlende finanzielle Unterstützung für Bürgergenossenschaften und Mieter, die in Solaranlagen investieren wollen und schlägt vor, dass jeder Steuerpflichtige, der sich an der Entwicklung und am Unterhalt von Solaranlagen beteiligt, die damit verbundenen Kosten abziehen kann.

2.8. Raumplanungsgesetz vom 22. Juni 1979

Artikel 18a Absatz 1 erster Satz

Der Vorschlag, das Meldeverfahren durch eine Änderung von Artikel 18a auf Photovoltaikanlagen an Fassaden auszudehnen, wird von vielen Vernehmlassungsteilnehmenden Kantonen positiv aufgenommen (ZH, BE, LU, UR, NW, GL, ZG, SO, SH, AI, SG, AG, GR, VD, JU ; FDP, glp, GPS; SGV; SGB, sgv; BPUK, EnDK; ACCVS, aeesuisse, Alpiq, Casafair, ECO SWISS, ewz, Groupe E, HEV, HotellerieSuisse, Primeo Energie, regiogrid, RKGK, RZU, SSES, suisstec, SVV, Swissolar, Swisspower, Travail Suisse, UFS, USPI suisse, VFS, VSE, WWF). BL, GE, LU, NE, TG, VS, Akademien, Stadt Zürich und SSV sprechen sich dafür aus, jedoch unter Bedingungen, um den Schutz des Baubestandes und eine gute Integration der Anlagen zu gewährleisten. OW, TI und EKD befürworten die Änderung nur in Industrie- und Gewerbebezonen, andere lehnen sie ab (AG, AR, FR, SG; GPS; Alliance, AKD, Appenzell-Innerrhoder und St. Galler, Basler, Baselbieter, Berner, Bündner, Innerschweizer und Schaffhauser Heimatschutz, ARS, AS, Ligue vaudoise, RWU, SHS, SL-FP, STAN) oder unterstützen sie nur eingeschränkt (UR, VASOS).

Der SBV weist darauf hin, dass eine Harmonisierung der Meldeverfahren angestrebt werden sollte. AR ist der Ansicht, dass ein Verzicht auf die Erhebung von Gebühren im Rahmen von Bewilligungsverfahren für Solaranlagen wahrscheinlich mehr bewirken würde als eine Ausweitung des Meldeverfahrens. sgv fordert die Ausweitung des Meldeverfahrens auf weitere Kleinanlagen, insbesondere Solaranlagen, Blockheizkraftwerke, lokale Kleinwindkraftanlagen und Brennstoffzellen, während USPI dies für Heizanlagen mit erneuerbarer Energie fordert.

UFS beurteilt die Gleichstellung von Bauzonen und landwirtschaftlichen Flächen kritisch. DAH ist der Ansicht, dass der Bund mit der Einführung von Artikel 18a RPG betreffend Solaranlagen an die Grenze seiner verfassungsmässigen Kompetenzen gegangen sei. Die in der Vorlage darüber hinausgehende Steuerung der Kompetenzen von Kantonen und Gemeinden sei nicht stufengerecht und laufe dem föderalistischen Grundgedanken grundsätzlich zuwider.

2.9. Wasserrechtsgesetz vom 22. Dezember 1916

Artikel 60 Absatz 1

Von den Vernehmlassungsteilnehmenden, die sich zu diesem Artikel geäußert haben, befürworten nur SL-FP und ewz die Änderung. Im Gegensatz dazu sprechen sich GL, GR, NW, UR, ACCVS und RKGK gegen diese Änderung aus.

2.10. Pflicht zur Nutzung von Solarenergie auf geeigneten Neubauten

Der Bundesrat hat in seinem Begleitschreiben vom 2. Februar 2022 zum vorliegenden Vernehmlassungsverfahren ausgeführt, dass er interessiert ist zu erfahren, wie die Vernehmlassungsteilnehmenden zu einer Pflicht zur Nutzung von Solarenergie auf geeigneten Neubauten in Kombination mit den vorgeschlagenen Steuererleichterungen stehen.

Eine Pflicht zur Nutzung von Solarenergie bei Neubauten wird von vielen Vernehmlassungsteilnehmenden begrüßt (LU, UR, BS, BL, JU; glp, GPS, SPS; SGB; aeesuisse, AKD, Alliance, aquaviva, ARS, AS, bauenschweiz, Casafair, EKD, Elcom, ENHK, ewz, Greenpeace, Pro Natura, Pusch, RKOÖ, SAC, SES, SHS, SL-FP, SSES, SSV, Stadt Zürich, SVS, Swissolar, VASOS, VCS, WWF). Einige schlagen jedoch zusätzliche Massnahmen zur Förderung der Solarenergie vor (glp, GPS, SPS; AKD, aquaviva, Greenpeace, Pro Natura, Pusch, SES, SSES, Stadt Zürich, SVS, VCS, WWF), während andere Bedenken hinsichtlich des Schutzes von Kultur- und Naturdenkmälern äußern und Rahmenbedingungen und Ausnahmen fordern (BPUK, EnDK, SSV). Einige Vernehmlassungsteilnehmende möchten eine solche Verpflichtung nur in Industrie- und Gewerbebezonen (LU; GPS; Alliance, Appenzell-Innerrhoder und St. Galler, Basler, Baselbieter, Berner, Bündner, Innerschweizer und Schaffhauser Heimatschutz, ARS, AS, DAH, EKD, SHS, STAN) oder sie befürworten sie nur unter der Bedingung, dass die vorgeschlagenen Steuerabzüge angenommen werden (bauenschweiz, usic). Ohne sich gegen eine Bundespflicht auszusprechen, weisen AI, FR, GE, NW, OW, SG, SH, SO, TI, ZH, BPUK und EnDK darauf hin, dass die Gesetzgebung vieler Kantone bereits in Übereinstimmung mit der MuKE in diesem Sinne angepasst wurde. Andere lehnen eine solche Verpflichtung ab (AG, AR, TG, VS, ZG; Die Mitte; economiesuisse, sgv; Alpiq, Energie Club Schweiz, FER, Groupe E, HEV, HotellerieSuisse, regiogrid, RZU, SVV, VFAS, VSE).

3. Weitere Vorschläge und Bemerkungen

Einige Vernehmlassungsteilnehmende fordern, dass auch die **Verfahren für den Ausbau der Stromnetze** beschleunigt werden (AG, GR, NE, NW, SG, SH, SO, VS, ZH; FDP, SVP; SGV; economiesuisse; BPUK, EnDK; Axpo, BKW, Elcom, Groupe E, Swissgrid, VSE). Andere Vernehmlassungsteilnehmende sind der Ansicht, dass in diesem Bereich zusätzliche Ressourcen bei den verfahrensleitenden Behörden notwendig sind (SSV, Swissgrid).

In einigen Stellungnahmen wird empfohlen zu prüfen, ob klare **Fristen** und Verbindlichkeiten für die einzelnen Verfahrensschritte eingeführt werden sollen (FDP; Suisse Eole) bzw. den Bundesbehörden und Gerichten verbindliche und kürzere Fristen für die Beurteilung von Projekten gesetzt werden könnten (AG, BE, BL, FR, GR, LU, NE, NW, SG, SH, SO, VS, ZH; Die Mitte; SGV; BPUK, EnDK; Axpo, CKW, Groupe E, regiogrid, SSV, Suisse Eole, VSE). sgv schlägt vor, die **Einsprachemöglichkeit** für gewisse Projekte bis zur Erreichung der Zubauziele zu sistieren. Für Die Mitte, SVP, aeesuisse und Alpiq ist eine Einschränkung des **Verbandsbeschwerderechts** zu diskutieren.

Anhang: Abkürzungen

A. Bhend	Arria Bhend
AdCV	Association de Communes Vaudoises
ACCVS	Association des communes concédantes du Valais / Verband der konzedierenden Gemeinden des Wallis
aeesuisse	Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz
AG	Kanton Aargau
AGUS	Arbeitsgemeinschaft für die Urgeschichtsforschung in der Schweiz
AI	Kanton Appenzell Innerrhoden
Akademien	Akademien der Wissenschaften Schweiz
AKD	Arbeitskreis Denkmalpflege
Alliance	Alliance Patrimoine
Alpiq	Alpiq Holding AG
Ammann	Werner Ammann
A. Murer	André Murer
AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden
Arlt/Bruns	Ulrike Arlt / Herbert Bruns
ARS	Arbeitsgemeinschaft für die provinzialrömische Forschung in der Schweiz
AS	Archäologie Schweiz
ASEC	Association suisse pour l'énergie citoyenne
A. und F. Maier	Annemarie und Franz Maier
A. und S. Dell'Oca	Albert und Suzanne Dell'Oca
A. und U. Grünig	Annelies und Urs Grünig
A. und Y. Germann	Alex und Yvonne Germann
Axpo	Axpo Services AG
Bachofner / Kneifel	Ursula Bachofner / Monika Kneifel
Bächtiger	Ursula Bächtiger
Bächtold/Tönz	Susanne Bächtold / Eduard Tönz
bauenschweiz	bauenschweiz – Dachverband der Schweizer Bauwirtschaft
Baumeister	Schweizerischer Baumeisterverband
BE	Kanton Bern
Beringer	Corinne Beringer
BGer	Schweizerisches Bundesgericht
BKW	BKW Energie AG
BL	Kanton Basel-Landschaft
Blöchlinger	Titus Blöchlinger
BPUK	Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz
Brachs	Thomas Brachs
Branco	Alexandre Branco
BS	Kanton Basel-Stadt
BSA	Bund Schweizer Architektinnen und Architekten
BSLA	Bund Schweizer Landschaftsarchitekten und Landschaftsarchitektinnen
BV AG	Bauernverband Aargau
BV AR	Bauernverband Appenzell Ausserrhoden
BV BE	Berner Bauern Verband
BV NW	Bauernverband Nidwalden
BV OW	Bauernverband Obwalden
BV ZH	Bauernverband Zürich
C. Bhend	Chiarina Bhend
C. Bürli	Claudia Bürli
Casafair	Casafair Schweiz
CCIG	Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève

CGI	Chambre genevoise immobilière
CKW	Centralschweizerische Kraftwerke AG
Conus	Jacqueline Conus
Corbat	Mélanie Corbat
CP	Centre Patronal
CVCI	Chambre Vaudoise du Commerce et de l'Industrie
DAH	Domus Antiqua Helvetica – Schweizerische Vereinigung der Eigentümer Historischer Wohnbauten
Debrunner	Simon Debrunner
Dietiker	Markus Dietiker
Eawag	Wasserforschungsinstitut des ETH-Bereichs
EBL	Genossenschaft Elektra Baselland
ECO SWISS	ECO SWISS – Umweltschutzorganisation der Schweizer Wirtschaft
economiesuisse	economiesuisse – Verband der Schweizer Unternehmen
Eichenberger	Rolf Eichenberger
EKD	Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege
EKW	Engadiner Kraftwerke AG
EiCom	Eidgenössische Elektrizitätskommission
EnG	Energiegesetz
ENHK	Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission
ewz	Elektrizitätswerk der Stadt Zürich
EXPERTsuisse	Schweizer Expertenverband für Wirtschaftsprüfung, Steuern und Treuhand
Fankhauser	Monika Fankhauser
FDP	FDP. Die Liberalen
FDP Weiningen	FDP. Die Liberalen der Gemeinde Weiningen (Kanton Zürich)
FER	Fédération des Entreprises Romandes
FLCH	Freie Landschaft Schweiz
FMV	Force Motrice Valaisanne
FR	Kanton Freiburg
Frei	Alfred Frei
FRI	Fédération romande immobilière (FRI)
FSU	Fachverband Schweizer Raumplaner
GE	Kanton Genf
GGG	Gruppe Grosser Stromkunden
GL	Kanton Glarus
glp	Grünliberale Partei Schweiz
Glutz von Blotzheim	Urs N. Glutz von Blotzheim
GPS	Grüne Schweiz
GR	Kanton Graubünden
Grabowski	Thomas Grabowski
Greenpeace	Greenpeace Schweiz
Häsli Hirschi/Hirschi	Irène Häsli Hirschi und Claude Hirschi
Heldstab	Sidonia Heldstab
HEV	Hauseigentümerverband Schweiz
H. Frésard	Hélène Frésard
Holden	Wendy Holden
Horber	Horber Rudolf
HotellerieSuisse	HotellerieSuisse – Schweizer Hotelier-Verein
H und M. Eisele	Hans und Maya Eisele
H. U. und R. Bichsel	Hans Ulrich und Rudolf Bichsel
I. Bergmann	Iris Bergmann
IBK	Interessengemeinschaft Bündner Konzessionsgemeinden
IG Solalpine	Schweizerische Interessengemeinschaft für Winterstrom aus den Alpen

Imhof	Peter Imhof
Jaquet	Christian Jaquet
J.-L. und M.-T. Bossel	Jean-Louis und Marie-Thérèse Bossel
Jost	Andreas Jost
JU	Kanton Jura
Knaus	Heini Knaus
Koch	Heinz Koch
Lattion Richard	Florence Lattion Richard
L. Früh	Lilli Früh
Lindner	Claudia E. Lindner
LU	Kanton Luzern
Lüthi	Thomas Lüthi
Marti	Ernesto Léon Marti
M. Bürli	Max Bürli
Meli	Ursina Meli
Messmer	Patrick Messmer
Meyer/Meier	Christine Meyer / Bruno Meier
Minuz	Marco Minuz
Moll	Margrith Moll
M. Schmid	Martin Schmid
M. und L. Waldmann	Monika und Lukas Waldmann
M. und T. Meier-Keller	Margaretha und Thomas Meier-Keller
Nägeli/Juchli	Barbara Nägeli und Rita Juchli
NE	Kanton Neuenburg
N. Frésard	Nicole Frésard
NIKE	Nationale Informationsstelle zum Kulturerbe
NW	Kanton Nidwalden
Ökostrom	Ökostrom Schweiz
O. Schmid	Otto Schmid
OW	Kanton Obwalden
P. Buri	Peter Buri
Philipp	Alexander Philipp
Piller	Renato Angelo Piller
Pro Natura	Pro Natura
Pusch	Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz
PV	Photovoltaik
Raemy	Patricia Raemy
Rey	Sandra Rey
RKGK	Regierungskonferenz der Gebirgskantone
RKOO	Regionalkonferenz Oberland-Ost
Rohrer	Marcel Rohrer
ROREP	Schweizerische Studiengesellschaft für Raumordnung und Regionalpolitik
Rossinelli	Jean-Claude Rossinelli
Rouiller	Rose-Marie Rouiller
RPG	Raumplanungsgesetz vom 22. Juni 1979
Ruch	Urs Ruch
RWU	Regionalplanung Winterthur und Umgebung
RZU	Planungsdachverband Region Zürich und Umgebung
SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
SAC	Schweizer Alpen-Club
SAV	Schweizerischer Arbeitgeberverband
S. Murer	Simone Murer
sbv	Schweizer Bauernverband

SBV	Schweizerischer Baumeisterverband
Schlageter	Clotilde Medana Schlageter
Schneider	Alex Schneider
Seeholzer	Armin Seeholzer
SES	Schweizerische Energie-Stiftung
SG	Kanton St. Gallen
SGS	Schweizerische Greina-Stiftung
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
SGV	Schweizerischer Gemeindeverband
sgv	Schweizerischer Gewerbeverband
SH	Kanton Schaffhausen
SHS	Schweizer Heimatschutz
SL	Stiftung Landschaftsschutz Schweiz
SO	Kanton Solothurn
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SSES	Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie
SSV	Schweizerischer Städteverband
STAN	Società ticinese per l'arte e la natura
Stehrenberger	Stefan Stehrenberger
Steiner	Urs Steiner
Straehl	Heidi Straehl
Strebel	Susi Strebel
STV	Schweizer Tourismus-Verband
S. und F. Kühne	Silvia und Fredi Kühne
S. und S. Nees	Siegfried und Silvia Nees
S. und U. Keller	Sonja und Urs Keller
Suisse eole	Suisseéole gemeinsam für windenergie
SVP	Schweizerische Volkspartei
SVP Merenschwand- Benzenschwil	Schweizerische Volkspartei, Ortspartei Merenschwand-Benzenschwil
SVS	Schweizer Vogelschutz/BirdLife Schweiz
svu	Schweizerischer Verband der Umweltfachleute
SVV	Schweizerischer Versicherungsverband
Swissgrid	Swissgrid AG
Swisspower	Swisspower AG
Swissolar	Schweizerischer Fachverband für Sonnenenergie
SWV	Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband
SZ	Kanton Schwyz
T. Bergmann	Thomas Bergmann
TG	Kanton Thurgau
TI	Kanton Tessin
Travail Suisse	Travail.Suisse
Troller-Senn	Christine Troller-Senn
Trösch	Ueli Trösch
UFS	Umweltfreisinnige St. Gallen
UR	Kanton Uri
usic	Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmen
USPI	Union suisse des professionnels de l'immobilier
VASOS	Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfe-Organisationen der Schweiz
VCS	Verkehrs-Club der Schweiz
VD	Kanton Waadt
VFAS	Verband freier Autohändler Schweiz
VFS	Verband Fernwärme Schweiz

Villiger	Peter Villiger
VS	Kanton Wallis
VSA	Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute
VSE	Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
VSG	Verband der Schweizerischen Gasindustrie
V. und H. Hänni	Verena und Heinz Hänni
Weidmann	Hermine Weidmann
Welti	Alfred Welti
Wenger	Eveline Wenger
W. Früh	Werner Früh
Widmer	Daniel Widmer
Witschi	Harris Tyge Witschi
Wunderlin	Beat Wunderlin
WWF	WWF Schweiz
Zemp	Michael Zemp
ZG	Kanton Zug
ZH	Kanton Zürich